„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N. LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Ein Angriff auf die Pressefreiheit

Wir waren uns noch stets darüber klar, daß mit dem Regierungsantritt von Dr. Anderson, Bryant und Genossen in Saskatchewan eine Herrschaft der Unduldsamkeit ans Steuerruder der Provinz gelangen würde. „Der Courier" hat daher schon längst vor dem Provinzwahlkampf dieses Jahres einen energischen Feldzug gegen jene dunklen Kräfte und Mächte geführt, die in Saskatchewan den Unkratsamen der religiösen und nationalen Verhetzung in den letzten Jahren mit einer Schamlosigkeit und Rücksichtslosigkeit ausgestreut haben, die alle Gutgesinnten und Gerechtdenkenden zum schärfsten Widerstand herausfordern mußte. Leider gab es sogar in unseren eigenen deutschkanadischen Reihen einige, die wie Vogel Strauß den Kopf in den Präriesand steckten oder sogar der offenkundigen Gegnern unserer deutschkanadischen Sache Handlangerdienste leisteten. Der „Lohn" dafür wird anders ausfallen, als sich manche träumen ließen.

Welche Kreise der Geist der Unduldsamkeit und Unterdrückung bereits schon gezogen hat, möge der nachstehende Bericht beweisen, den wir einer englischen Zeitung entnehmen. Wir lesen dort:

„Starke Unterstützung für Hon. J. T. M. Anderson wurde zum Ausdruck gebracht bei dem Bankett, das in der Pfarrhalle von North Annex (bei Regina) von dem „North Annex and Highland Park War Veterans Club" abgehalten wurde. Ein Brief ist an den Premier gesandt worden, worin der Wunsch der Mitglieder des obenerwähnten Klubs ausgesprochen wird, zu bekräftigen, „daß dieser Klub geschlossen hinter dem Premier steht hinsichtlich seines Standpunktes in der Flaggenfrage und ebenso hinsichtlich seiner Behandlung der Mennoniten-Lage". **Auch wurde eine Petition entworfen, die fordert, daß alle Zeitungen in Saskatchewan, die in einer anderen Sprache als Englisch gedruckt oder herausgegeben werden, die englische Uebersetzung aller Nachrichten, Artikel und des anderen Inhalts veröffentlichen müssen."**

Soweit der englische Pressebericht.

Wir stellen darauf die Frage: Läßt sich die hier erhobene Forderung mit dem Geiste des „fair play", mit britischer Gerechtigkeits- und Freiheitsliebe vereinbaren?

Die Preßfreiheit ist eines der höchsten und unentaßbaren Güter der modernen Zivilisation und wird von den Parlamenten und Regierungen aller Kulturvölker des Erdballes als solches anerkannt und geschützt. Die Preßfreiheit ist ein unveräußerlicher Bestandteil der Demokratie, der Volksherrschaft, ist ein Mittel, der öffentlichen Meinung zum Ausdruck und Durchbruch zu verhelfen, ist ein Sicherheitsventil für den Staat in schwierigen und unruhigen Zeiten, ist die Anerkennung des Rechtes eines jeden Staatsbürgers auf aktive Mitwirkung an der Gestaltung der Staatsgeschicke. Das war nicht immer so. In den finsteren Zeiten des fürstlichen Despotismus, der Tyrannei und Autokratie wurde die Presse unterdrückt, wurden Zeitungen verboten, die nicht nach der Pfeife der Despoten und Tyrannen tanzten. **Auch heute noch gibt es Länder, in denen die Preßfreiheit mit brutaler Gewalt unterdrückt und geknebelt wird,** so im bolschewistischen Rußland oder im faschistischen Italien. Wir können uns nicht vorstellen, daß ein so freiheitlich gesinntes und so durchaus demokratisches Land wie Canada sich mit den angeführten Ländern auf eine Stufe stellen möchte.

Wohin soll der erwähnte Angriff auf die Preßfreiheit in Saskatchewan führen? Die Absicht der Urheber der entworfenen Petition geht klar und deutlich dahin, **die nichtenglische Presse von Saskatchewan** (die deutschen, französischen Blätter usw.) **unter eine behördliche Zensur zu stellen,** wie sie wohl in gewissen Balkanstaaten an der Tagesordnung ist, aber in einem freien britischen Lande zu den Unmöglichkeiten gehören sollte. Zugleich soll damit aber auch ein tödlicher Schlag gegen die nichtenglische Presse überhaupt geführt werden. Man möchte sie zum Absterben bringen, möchte sie zwingen, in einer Form zu erscheinen, die gegen den Wunsch und Willen ihrer Leser ist. Es wäre aber auch eine törichte und im Grunde genommen wirkungslose Maßnahme. Denn die „kooperative" Dr. Anderson-Regierung könnte nicht verhindern, daß deutsche, französische, ungarische, ukrainische, polnische Zeitungen aus anderen Teilen Canadas wie auch aus den Ver. Staaten in Saskatchewan eingeführt und gelesen würden. Wenn sich vielleicht auch Dr. Anderson wie ein kleiner Mussolini vorkommt, so weit reicht seine Macht doch nicht.

Selbstverständlich ist, daß sich hinter dem Angriff auf die Preßfreiheit der nichtenglischen Zeitungen auch **ein Hieb auf die Muttersprache** der Fremdgeborenen und ihrer Kinder versteckt. Man möchte auf dem Umwege über die halb fremdsprachigen und halb englischen Zeitungen den Lesern die Lust und Liebe zu ihr Muttersprache verleiden.

In allen Teilen des britischen Reiches erscheinen unbeanstandet und ungestört Zeitungen und Zeitschriften in nichtenglischer Sprache, wie auch umgekehrt englische Blätter in Frankreich oder Deutschland herausgegeben werden. Es gehört zum internationalen Anstand, daß man Preßerzeugnisse dieser Art in Friedenszeiten ungehindert erscheinen läßt, solange sie nicht das Staatswohl gefährden. Die nichtenglische Presse in Canada darf wohl ohne Selbstüberhebung für sich in Anspruch nehmen — wenigstens können wir das vom „Courier" behaupten —, daß sie für die nichtenglischen Einwanderer eine Brücke von der alten zur neuen Heimat darstellt, sie in die Gesetze, die Verfassung und den Geist Canadas einführt und ihnen so den Weg ebnet, **allmählich brauchbare, tüchtige und loyale Bürger dieses Landes zu werden.** Sie vollbringt damit eine sehr wertvolle und nützliche Tätigkeit, welche die englische Presse allein niemals leisten könnte, weil die fremdsprachigen Einwanderer sie aus Unkenntnis der Landessprache einfach nicht lesen würden.

Doch all diese Vernunftgründe verwehen wie die Spreu im Winde, wenn Unduldsamkeit und Fanatismus das Szepter führen. Darum sollten wir die erwähnte Petition nicht zu leicht nehmen. Es droht den nichtenglischen Blättern und namentlich auch dem „Courier" **eine ernste Gefahr,** die von allen unseren deutschsprechenden Freunden klar erkannt und wohl verstanden werden sollte. Frage sich jeder: Was habe ich getan oder tue ich, um einer solchen Gefahr entgegenzutreten? Unterstütze ich den „Courier" so kräftig und wirksam, daß er getrost der Zukunft entgegensehen kann? Wenn Gefahr droht, wenn der Feind das Bollwerk unserer deutschsprachigen Presse anzugreifen sucht, dann müssen sich alle jene, die sich zum deutschen Blut und zur deutschen Muttersprache bekennen, wie ein Mann erheben und **einmütig zum Abwehrkampf schreiten.** Wo sind unsere deutschen Vereine und Organisationen? Jetzt muß sich zeigen, daß man auch für das führende Organ der Deutschkanadier, den „Courier", ein Opfer bringen und ihn verteidigen kann, wie „Der Courier" auch stets die heiligsten Rechte seiner deutschkanadischen Freunde verteidigt hat. Schließen wir uns zu einer einigen Protest- und Abwehrfront zusammen, ohne Rücksicht auf Herkunft, Stand und Konfession! Denn es gilt, ein gemeinsames Gut zu schützen! Zugleich sind wir dann aber auch Hüter des wertvollen Kulturgutes der Preßfreiheit, das von der ganzen zivilisierten Menschheit geschätzt, geschützt und hochgehalten wird, **während der Torgeist von Saskatchewan es mit Füßen treten möchte.**

Europa und die amerikanische Konkurrenz

Die von Präsident Hoover seit dem Finanzkrach in Wall Street gepflogenen Konferenzen mit führenden Wirtschaftlern der Ver. Staaten werden in Deutschland mit einiger Besorgnis betrachtet. Man legt diese Bemühungen so aus, daß Amerika, um die Auswirkungen des Börsenfiaskos im Auslande auszugleichen, sich mit aller Macht auf Ausdehnung seines Außenhandels verlegen will. In dieser verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkte sieht man für ganz Europa und besonders für Deutschland, das mit Export riesige Reparationen zu bezahlen hat, eine große Bedrohung.

Das „Berliner Tageblatt" summiert diesen Gesichtspunkt wie folgt: „Die Entwicklung in verschiedenen amerikanischen Industrien, die wegen Wechsel in Mode oder Gewohnheiten Teile ihres Heimatsmarktes eingebüßt haben, zeigt klar genug, daß die amerikanischen Unternehmer, wenn sie vor der Wahl standen, entweder ihre Produktion einzuschränken oder die Ausfuhr zu forcieren, stets und mit erstaunlichem Erfolge das Letztere getan haben. Die Fabrikanten von Motorrädern, Baumwollstrümpfen und anderer Artikel, die mit dem „Fortschritt" in Amerika nicht Schritt hielten, haben diese Umstellung des Marktes in kürzester Zeit durchgeführt."

Das Blatt erwartet nichts Halbes von dem wirtschaftlich erfahrenen amerikanischen Präsidenten und fährt fort: „Wir würden uns nur selbst täuschen, wenn wir verkennen würden, daß Herr Hoover jetzt die Zeit für reif hält seinen Lieblingsplan der friedlichen Durchdringungspolitik des amerikanischen Wirtschafts-Imperialismus zur Ausführung zu bringen. Nicht umsonst hat er seit Jahren seine große Energie dafür eingesetzt für sein Land die beste nationale Außenhandels-Organisation zu schaffen. Der Konsulatsdienst der Ver. Staaten überragt in Größe und Leistungsfähigkeit bei weitem den irgend einer anderen Nation. Die Dutzende von Handelsvertretungen in fremden Ländern, die in engster Fühlung mit dem Handels-Departement der Bundesregierung stehen, sind immer bereit, für die jetzt an Ueberproduktion leidende amerikanische Industrie neue Absatzgebiete zu eröffnen."

Weltumschau

Entrüstung in Ostpreußen. Zu Ostpreußen hat die Bekanntgabe der polnisch-deutschen Vereinbarung, durch die die wirtschaftlichen Nachkriegsprobleme zwischen den beiden Ländern liquidiert werden sollen, einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Man bezeichnet dort den in Aussicht genommenen Pakt als höchst nachteilig für Deutschland. Zu Bälde soll sich der deutsche Reichstag mit den Bestimmungen des von den Regierungsvertretern ausgearbeiteten Uebereinkommens befassen. Auch hier dürften die Regierungsvorschläge auf Widerspruch stoßen.

Die Gegner der Abmachung haben zahlreiche Protestversammlungen organisiert, und die in den Versammlungen auftretenden Redner erhoben den Vorwurf, daß Deutschland auf Kriegsansprüche in einer Gesamthöhe von 2,500,000,000 Mark (ungefähr 8595,000,000) verzichte, anstatt seine Kreditstellung durch den Vertrag zu stärken.

Die Tatsache, daß der vorgeschlagene Vertrag das gegenwärtig in Paris tagende polnisch-deutsche Schiedsgerichtstribunal abschaffen will, wurde angegriffen unter dem Hinweis, daß damit die einzige praktische Methode zur Erledigung wichtiger deutscher Forderungen fallen gelassen würde.

Es wird verlangt, daß, sollte der Vertrag angenommen werden, die Regierung einen definitiven Plan für die Befriedigung der Forderungen deutscher Staatsangehöriger annehmen soll. Es handelt sich bei diesen Forderungen angeblich insgesamt um die Summe von 500,000,000 Mark. Nach den vorläufigen Bestimmungen des Uebereinkommens soll die deutsche Regierung die Zahlung der noch ausstehenden Forderungen übernehmen.

Schwierige Wirtschaftslage. Wenn man von der Festigung der Stellung der Deutschen Reichsbank absieht, hat das deutsche Wirtschaftsleben in den letzten Wochen keine Zeichen der Besserung gezeigt. Die erwarteten Wohltaten des Young'schen Reparationsplanes liegen immer noch in weiter Ferne. Industrie und Handel haben teilweise gelitten infolge des drohenden Kampfes um die Finanzreformvorlage der Regierung, die dazu beitragen soll, das heimische Kapital zu kräftigen.

Der Börsenkrach im Auslande und die Erniedrigung der Bankraten in New York und London haben noch nicht verursacht, daß sich der Strom des stark benötigten Kapitals nach Deutschland bewegt, obschon anderswo sich die Kreditverleichterungen bereits bemerkbar gemacht haben. Die immer noch anhaltenden Fallierungen von Banken und anderen Instituten tragen in gewissen Kreisen zur Erhöhung des Mangels an Vertrauen bei, und die Zahl der Arbeitslosen wird immer größer. Die jüngst bekannt gegebenen Zahlen lassen eine gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland erkennen. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Unbeschäftigten über eine Million.

Krise bei den Deutschnationalen. Der seit geraumer Zeit erwartete Zerfallsprozeß der Deutschnationalen Volkspartei anläßlich der eigenartigen Taktiken ihres Führers Dr. Alfred Hugenberg hat nun tatsächlich eingesetzt. Sechs Reichstagsmitglieder sind aus der Fraktion ausgetreten und dadurch ihrer Maßregelung durch den Parteivorstand wegen Verstoßes gegen die Parteidisziplin zuvorgekommen. Es sind diese: Lambach, der bereits früher einmal die Ungnade Hugenbergs zu fühlen bekommen, Hülser, Hartwig, Klönne, Lemmer-Lüdemann und Treviranus. Diese Reichsboten hatten am letzten Samstag gegen den „Zuchthausparagraphen" des „Deutschen Freiheitsgesetzes" gestimmt und dadurch den Zorn des Zeitungsmagnaten herausgefordert.

Wie heute verlautet, planen die Ausgetretenen sich mit den Reichstagsabgeordneten der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei zusammenzutun und eine unabhängige Parteigruppe im Reichstag zu bilden. Sollte dieser Plan tatsächlich zur Ausführung kommen, so ist damit zu rechnen, daß sich der neuen Gruppe noch andere Mitglieder der Deutschnationalen anschließen werden, da die Unzufriedenheit innerhalb der Reihen der Partei mit jedem Tag wächst und der Friede erst einkehren wird, nachdem Hugenberg sein Amt als Parteiführer niedergelegt hat. Die Stimmen werden immer lauter, welche das Zusammengehen der Partei mit Hitlers Nationalsozialisten in Sachen des Volksentscheids über das erwähnte Freiheitsgesetz auf das schärfste verurteilen und verlangen, daß reiner Tisch gemacht und zu den alten Prinzipien zurückgekehrt wird. Angesichts dieser Zustände wird allgemein damit gerechnet, daß sich das Resultat des Volksentscheids am 22. d. M. über das Freiheitsgesetz zu einer direkt kläglichen Niederlage für Hugenberg und seine Verbündeten vom „Stahlhelm" und den Nationalsozialisten auswachsen wird.

Keine Versicherung für „Graf Zeppelin". Der in Aussicht genommene Nordpolflug des „Graf Zeppelin" ist durch die Weigerung der Versicherungsgesellschaften, das Risiko der Expedition zu übernehmen, auf neue Schwierigkeiten gestoßen. Gerüchte, eine britische Gesellschaft habe einen Agenten nach Friedrichshafen gesandt, wurden von Dr. Hugo Eckener, dem Führer des Luftschiffs, als unrichtig in Abrede gestellt. Die Versicherungsfrage ist bereits früher aufs Tapet gebracht worden, doch erklärte seinerzeit Dr. Eckener, er sei überzeugt davon, daß es ihm gelingen werde, die erforderliche Versicherung für den Flug zu erlangen. Es scheint aber nunmehr, daß er sich soweit in seinen Hoffnungen getäuscht hat.

Anklage gegen Pariser Polizei. Premier Andre Tardieu hatte in seiner Eigenschaft als Innenminister im französischen Parlament einen starken Angriff zu bestehen, in dem angebliche Gewaltmethoden der Pariser Polizei gegen den Bulgaren Michael Almazow kritisiert wurden, der Henry Rigaudin ermordet haben soll. Redner der Opposition sprachen donnernd über Menschenrechte und behaupteten, daß Almazow von den sich ablösenden Polizeibeamten 53 Stunden lang einem Kreuzverhör unterworfen und so schwer mißhandelt wurde, daß er Beulen und Schraunen erhielt. Premier Tardieu erwiderte, daß eine Untersuchung im Gange sei und daß schwere Strafen ausgeteilt werden würden, wenn die Polizei schuldig sein sollte. Er stellte dann die Vertrauensfrage und gewann mit 335 gegen 254 Stimmen.

Rigaudins Leiche wurde in einem Rohrkoffer gefunden, der von Paris an die Bahnstation von Lille aufgegeben worden war. Almazow war der letzte Mensch, der in der Gesellschaft des Ermordeten gesehen wurde. Nachdem er über 45 Stunden als Zeuge festgehalten worden war, wies er blaue und schwarze Stellen am Körper auf. Er hatte eine große Beule hinter dem Ohr und erklärte, daß die Polizisten ihn mit Sandbeuteln bearbeiteten und ihm Daumschrauben ansetzten. Dr. Paul, der Stadtarzt von Paris, untersuchte Almazow und berichtete, daß er Abschürfungen und Narben an dem Gefangenen gefunden habe. Almazow wurde zuerst als Zeuge festgenommen, am zweiten Tage jedoch offiziell des Mordes beschuldigt.

Paris ehrt Clemenceau. Im Schatten des Triumphbogens, des Wahrzeichens französischen militärischen Ruhmes, am Grabe des Unbekannten Soldaten, dem Symbol des Sieges, für den Clemenceau so viel tat, zollte am 1. Dezember Paris seinem verehrten „großen Alten" Danktribut. Die höchsten politischen, militärischen und gesellschaftlichen Würdenträger der Nation ehrten seinen unbezwingbaren Geist und sein Werk. Veteranen der amerikanischen und britischen Legionen und Kriegsteilnehmer der italienischen und belgischen Armeen vereinten sich mit ihren französischen Kameraden bei der Ehrung. Eine halbe Million Franzosen sahen die Parade über die Champs Elysees durch den Triumphbogen ziehen.

Die ganze Zeremonie war von einer Stille begleitet, die fast erdrückend wirkte. Es wurde nicht ein Wort gesprochen und nicht eine Rede gehalten. Premier Tardieu, der Jünger und Schüzler des „Tigers", von dem er seines Postens als Hauptmann in den Schützengräben enthoben und als Oberkommissar nach Amerika geschickt wurde, um später in sein „Siegeskabinett" aufgenommen zu werden, wußte am Besten von dem Abscheu, die sein verstorbener Chef als Mann der Tat vor leeren Reden hatte. Auf leere Reden verzichtete man bei dieser letzten Ehrung.

In der riesigen Menschenmenge, die sich an dem napoleonischen Monument versammelt hatte, waren außer dem Präsidenten Doumergue und Tardieu mit seinem gesamten Kabinett sowie Marschall Petain und den Generälen Gourand und Dubail viele politische Großen, die von dem jetzt für immer schlafenden „Tiger" arg zerklaut worden waren. Sie schienen sich seiner nur als „Vater des französischen Sieges" zu erinnern.

Bei seiner Rückkehr nach dem dem Innenministerium erfuhr Premier Tardieu, daß Sozialisten in Champigny, einem Vorort von Paris, eine Gegendemonstration gemacht hatten. Er gab sofort Anweisungen, die Kundgebung zu unterdrücken.

Niederlage MacDonalds. Die englische Arbeiterregierung wurde im Oberhause mit 37 gegen 16 Stimmen geschlagen, als das Haus einen Zusatz zum Gesetze über Witwenpensionen annahm, der vorsieht, daß die Pensionen auf bedürftige Witwen beschränkt werden. Die Arbeiterpartei hat nur wenige Vertreter im Oberhause, dessen Mehrheit aus Liberalen und Konservativen besteht.

Die Niederlage wird als nichts weiter als eine mögliche Erschwerung der Annahme des Gesetzes in der von der Regierung gewünschten Form angesehen.

Der erste Königsbesuch im Vatikan. Papst Pius der Elfte empfing am 5. Dezember König Viktor Emanuel den Dritten und Königin Elena von Italien. Es war dies der erste Besuch des Herrscherpaares des geeinten Italien im Vatikan. Damit ist der Zwiespalt, der in den letzten 59 Jahren zwischen der Kirche und dem Staate bestanden hat, glücklich beendet.

Die Majestäten wurden vom Papste um die Mittagszeit in den päpstlichen Gemächern empfangen. Die Besucher ließen sich auf die Knie nieder und küßten den Ring des Heiligen Vaters, worauf sie von diesem den apostolischen Segen empfingen.

Kardinal Gasparri, der päpstliche Staatssekretär, verließ die vatikanische Stadt um 12 Uhr 30, um im Namen Seiner Heiligkeit den Besuch beim König und der Königin zu erwidern. In seiner Begleitung befand sich der päpstliche Nuntius am Hofe von Italien, Monsignore Francesco Borgongini-Duca. Auf der gesamten Strecke zwischen der vatikanischen Stade und dem Quirinal waren die Straßen von Truppen umsäumt.

Der Besuch wurde mit allem pomphaften Zeremoniell ausgeführt, mit dem die vatikanischen Funktionen gewöhnlich umgeben sind.

Nach dem Besuche beim Papste stiegen der König und die Königin aus den päpstlichen Gemächern herab und begaben sich in diejenigen des päpstlichen Staatssekretärs, Kardinal Gasparri, der sie an der Türe empfing und sie hineinführte. Die Majestäten wurden später, von päpstlichen Zeremoniaren und von Schweizer Gardisten begleitet, die historische konantinische Treppe hinab nach St. Peter geführt. Dort wurden sie von Kardinal Merry del Val, dem Erzpriester der Basilika empfangen, der sie zum päpstlichen Altar führte, wo sie kurze Zeit vor dem Grabe des heiligen Petrus in stillem Gebet verweilten.

Keinen Friedenspreis. Trotz allen mehr oder minder sogenannten „Friedensbestrebungen" in der Welt, hat das zuständige norwegische Nobelpreis-Komitee beschlossen, für die beiden Jahre 1928 und 1929 keine Friedenspreise zu vergeben. Der 1928er Preisbetrag wird einfach zu dem vom Komitee zur Verfügung stehenden Nobelpreisfonds zugeschlagen und der 1929er Preisbetrag bis zum Jahre 1930 zurückgelegt werden.

(Für die beiden nicht zur Vergebung gelangenden Nobel-Friedenspreise waren in den, wie üblich, bisher herumschwirrenden Gerüchten eine ganze Reihe von Kandidaten genannt worden, vor allem der frühere amerikanische Staatssekretär Frank B. Kellogg wegen des von ihm abgeschlossenen Friedenspaktes, aber auch die Pflegerin Frl. Elsa Brandström vom schwedischen Roten Kreuz, der Erzbischof Nathan Soederblom und der dänische Volksvertreter Jansen-Noeromoelle.)

Russische Justiz. Eine Meldung aus Riga, Lettland, an die „Daily Mail" besagt, daß Fürstin Sophie Lieven, die Schwägerin von Sir Kynaston Studd, des letzten Bürgermeisters von London, in Moskau von der Politischen Partei wegen ihrer Wohltätigkeitsmaßnahmen in Rußland ins Lubianka-Gefängnis geworfen worden sei. Sie wird hauptsächlich beschuldigt, den Kindern von russischen Arbeitern aus der Bibel vorgelesen zu haben.

Die Familie hat bisher noch keine Nachricht von der Verhaftung, erklärt aber, daß sie seit letzter Zeit keine Briefe mehr von der Fürstin erhalten hätte.

Indische Forderungen. Vollständige Unabhängigkeit für Indien und die Schaffung einer Arbeiterrepublik wird in einer Resolution gefordert, die von der zehnten Jahreskonvention der indischen Gewerkschaften angenommen wurde. Der Kongreß forderte ebenso einen Boykott der Whitley-Kommission, die die Arbeitslage in Indien untersuchen soll, und verdammte die kürzliche Erklärung des Vizekönigs, in der dieser sagte, daß das Endziel des verfassungsmäßigen Fortschritts Indiens der Dominium-Status wäre. Eine andere Entschließung wandte sich gegen den Nehru-Bericht, der eine Verfassung für Indien ausgearbeitet hatte.

Erhebliche Differenzen sollen sich innerhalb des Kongresses ergeben haben. Eine Anzahl prominenter Mitglieder haben sich von der Konvention abgespalten und verhandeln zurzeit über die Schaffung einer neuen Organisation unter dem Schlagworte „Gesetzliche Gewerkschaften, frei vom Einflusse Moskaus".

Heimatland

Die weite Welt ist wunderschön
Und viel hab' ich von ihr gesehʼn,
Manch stolzes Schloß am Meeresstrand,
„Doch schöner ist mein Heimatland!"

Ich sah der Gletscher Eisespracht,
Sah Meeresleuchten in der Nacht,
Und Tropenwunder, Lavabrand —
„Doch schöner ist mein Heimatland!"

Ich bin gefahren weit umher,
Mein Kopf ward voll, mein Herz blieb leer
Trotz aller Schönheit, die ich fand,
Dünkt schöner mich mein Heimatland!

Drum wende ich mich heimatwärts,
Es jauchzt mein Mund, es klingt mein Herz
Ich reichʼ Dir übers Meer die Hand:
„Gott grüße Dich, mein Heimatland."

Oesterreich und der Weltkrieg

Die Veröffentlichung von Auszügen aus acht Bänden geheimer Staatsdokumente über die österreichisch-ungarische Außenpolitik von 1908 bis 1914 enthüllt bisher verheimlichte Ereignisse, die zum europäischen Weltkriege führten.

Der erste Teil behandelt hauptsächlich die Bemühungen Oesterreichs um die Angliederung von Bosnien und den daraus entstandenen diplomatischen Konflikt mit Rußland. Einige Kapitel sprechen in Botschafterberichten über die feindselige Gesinnung des Königs Eduard VII. von England gegen Oesterreichs Annexionspläne und seine Drohung der Entsendung einer britischen Flotte nach dem Adriatischen Meere, falls der Versuch gemacht werden sollte, jene Pläne zur Ausführung zu bringen.

Mitteilungen, die zwischen den Kanzleien und Botschaften Europas ausgetauscht wurden, zeigen, daß in den Jahren unmittelbar vor dem Kriege die Besorgnis in Wien ständig im Zunehmen war. Wegen der Bildung des Balkanbundes hielt man den Krieg für unvermeidlich. Andere Gefahren drohten aus dem Kampf zwischen Rußland und Oesterreich um die Vorherrschaft auf dem Balkan und dem Zwiespalt zwischen Deutschland und England.

Die Dokumente befassen sich häufig mit der Bildung von europäischen Allianzen und der mutmaßlichen Haltung Großbritanniens im Falle eines europäischen Krieges. König Eduard VII. wird wiederholt der Feindseligkeit gegen Oesterreich beschuldigt, während man Lord Grey vorwirft, daß er alles vom französischen Gesichtspunkte betrachtet. Trotzdem war der österreichisch-ungarische diplomatische Dienst noch in den letzten Tagen vor der Kriegserklärung in 1914 in dem festen Glauben, daß England nicht in den Krieg eingreifen würde. Die Dokumente heben mit Nachdruck hervor, daß Erzherzog-Thronfolger Ferdinand sich gegen den Krieg einsetzte.

Die Zusammenstellung der Dokumente erweist, daß schon am 12. November 1908 der österreichisch-ungarische Botschafter in London, Mensdorff, eine „streng vertrauliche" Erklärung an das Amt des Aeußern in Wien gesandt hat, in welcher er nachwies, daß der damalige britische Außenminister Sir Edward Grey hartnäckig die „Weltlage durch die französische Brille" ansah.

Besonders typisch ist, der „streng geheime" Bericht des Botschafters der Donaumonarchie, Mensdorff, in London. Die Urkunde stammt vom 12. November 1908 und besagt:

„Eure Exzellenz (österr.-ung. Außenminister) wissen, daß ich den Lord Roseberry als den größten lebenden britischen Staatsmann schätze, soweit Auslandfragen in Betracht kommen. Wie seit Jahren,, hat er auch jetzt wieder ganz offen mit mir gesprochen. Er zeigte dabei durchaus nicht die übliche Zurückhaltung eines Staatsmannes. Er sagte, er befürchte sehr, daß England in einen möglichen deutsch-französischen Krieg mit hineingezogen werden würde. Roseberry erachtete dies als den größten Fehler unserer Zeit."

„Aber," so fuhr Roseberry fort, „eine gewisse Anzahl Engländer sind geradezu wie toll in diesen Fehler verfallen, und Kaiser Wilhelm spielt ihnen dabei abermals dauernd in die Hand." Soweit Sir Edward Grey in Betracht kommt, fürchtet Roseberry, daß er die Lage ausschließlich durch die französische Brille betrachtet."

Deutsch-südafrikanischer Handel

Aus dem halbjährlichen Bericht des Südafrikanischen Zolldepartements geht hervor, daß Deutschland im ersten Halbjahr 1929 Waren im Werte von 2,872,255 Pfund Sterling nach Südafrika ausgeführ hat. Es sieht damit an dritter Stelle nach England und den Vereinigten Staaten und führt mehr nach Südafrika aus als Holland, Belgien und Frankreich zusammengenommen. Als Abnehmer südafrikanischer Erzeugnisse steht Deutschland an zweiter Stelle nach England.

Es mag bei dieser Gelegenheit erwähnt werden, daß der Anteil Englands und des Britischen Reiches an dem Import nach Südafrika gegenüber dem Vorjahr abgenommen hat; er fiel von 58,1% auf 54,9%. Der Anteil des Imports aus außerbritischen Ländern dagegen stieg von 41,9 auf 45,1%. Der Hauptgewinner waren die Vereinigten Staaten, die Waren im Werte von 8,064,062 Pfund Sterling im ersten Halbjahr 1929 nach Südafrika einführten.

Regierungswechsel in der Wolgadeutschen Republik

3000 Menschen waren am 15. November im Saal des Eisenbahnerklubs in Pokrowsk versammelt, um dem bisherigen Vorsitze den des Rats der Volkskommissare der Wolgadeutschen Republik, Kurz, feierlichen Abschied zu geben. Die Mitglieder des Zentralvollzugskomitees, des Gebietskomitees, des Stadtrates saßen im Präsidium, als der neue Vorsitzende des Volkskommissarenrats, A. Gleim, die Versammlung eröffnete. Der Präsident des Zentralkomitees, Schwab, würdigte in seiner Rede die zweifellos sehr großen Verdienste von Kurz um Kultur und Wirtschaft der jungen Republik. Er ließ die ganze Geschichte der Republik am geistigen Auge der Hörer vorüberziehen, um zu zeigen, wo immer sich Kurz verdient gemacht hat. Nach der Rede überreichte die 32. Division ihrem Ehrenrotarmisten ein Ehrengewehr — früher waren es wohl Ehrensäbel?? — und der Vertreter des 96. Regiments teilte mit, daß Kurz auch weiterhin als Ehrenrotarmist — früher sagte man wohl a la suite des 96. Regiments — geführt werden würde.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"